

„Integration und Migration“

Festvortrag von Prof. Dr. Heike Greschke

anlässlich der 20. Absolventenfeier der Philosophischen Fakultät der TU Dresden

am 25.01.2019

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Absolventinnen und Absolventen,

es ist mir eine Ehre und noch größere Freude, diese feierliche Zusammenkunft heute mit einigen Gedanken zum Thema Integration zu eröffnen. Ich wurde darum gebeten, dieses Thema in meinem Festvortrag zu behandeln – was nicht überraschend ist, da Sie von mir als Vorstandsvorsitzenden des Zentrums für Integrationsstudien erwarten können, dass ich zu Integration etwas zu sagen hätte (oder mir zumindest darüber Gedanken machte). Gleichzeitig feiern wir heute, dass Sie, liebe Absolventen und Absolventinnen, eine wesentliche Etappe auf dem Weg Ihrer Bildungskarriere erfolgreich bewältigt haben. Die Zeugnisse, die wir Ihnen heute überreichen, fungieren als Ausweise, die Ihnen den Zutritt zu bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes erlauben (wohl bemerkt: nicht garantieren) und damit eine entscheidende Voraussetzung dafür bilden, dass Sie einen Ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gesellschaft finden. Integrationstheoretisch wäre, etwa nach der Lesart Hartmut Essers (1999), hiermit die *Sozialintegration* angesprochen, genauer gesagt, die *gesellschaftliche Platzierung* durch die Übernahme von beruflichen Positionen. Sofern Sie als fraglos Deutsche oder Deutscher gelten, beschränken sich im Normalfall die Integrationserwartungen an Sie auf die erfolgreiche Platzierung im Beruf (und die daraus im Idealfall abgeleitete finanzielle Unabhängigkeit von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen). Es wird von Ihnen z.B. nicht erwartet, dass Sie interethnische Freundschaften pflegen, sich mit Deutschland emotional identifizieren oder aktiv unter Beweis stellen, dass Sie die

verfassungsrechtlichen Grundlagen des deutschen Staates kennen und akzeptieren. Letzteres setzt man voraus, denn das haben Sie ja schließlich irgendwann einmal in der Schule gelernt und sich gar im Studium damit auseinandergesetzt. Mit anderen Worten, auch wenn für die meisten von Ihnen die Frage, „wie wird es mir gelingen, einen mir und meinen Vorstellungen adäquaten Platz in der Gesellschaft zu erlangen?“ gerade jetzt virulent wird, wo Sie sich auf die Suche nach einer ihrer Qualifikation entsprechenden Stelle begeben und gewissermaßen Ihren Marktwert testen, so sind doch diejenigen unter Ihnen, die nicht mit einem – ich will es mal Migrationsindex nennen - versehen sind, (und ich vermute, dass dies für die Mehrheit der heute hier Anwesenden zutrifft) nicht Gegenstand von Integrationsdebatten.

Denn in der Regel (und darauf verweist auch der Titel meines Vortrags) denken wir bei Integration unweigerlich an Migration. Diese beiden Begriffe stehen im öffentlichen Diskurs und auch in der Forschung in einem wechselseitigen Verweisungszusammenhang. Auch wenn neuerdings auf der Seite des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, zu dessen Zuständigkeit die Organisation von Integration gehört, zu lesen ist, Integration betreffe „uns alle – Alteingesessene ebenso wie Zuwanderer“¹, so beziehen sich alle weiteren Aussagen auf der Seite und auch die Integrationsmaßnahmen (allen voran der Integrationskurs) ausschließlich auf Herkunftsfremde.

So heißt es auf der Website des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI):

„Unser Zusammenleben soll von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, von Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt sein. Die Integration von Zuwanderern soll Chancengleichheit und die tatsächliche Teilhabe in allen Bereichen ermöglichen, insbesondere am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.“

1 https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/integration/integration-bedeutung/integration-bedeutung-node.html;jsessionid=7B331236A9A7A3D60142E751BEF5E4EA.1_cid295 [22.01.2019]

Voraussetzung dafür ist, dass die Menschen, die mit einer **dauerhaften Bleibeperspektive** zu uns kommen, die **deutsche Sprache** lernen und sich um **Grundkenntnisse unserer Geschichte und unseres Staatsaufbaus** bemühen. Hierbei geht es besonders um die Bedeutung der **freiheitlich demokratischen Grundordnung Deutschlands**, des Parteiensystems, des föderalen Aufbaus, der **Sozialstaatlichkeit**, der **Gleichberechtigung** sowie der **Toleranz** und der Religionsfreiheit. Das Grundgesetz als die deutsche Verfassung gilt für alle: Als Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland muss es gelebt werden. Auch Zuwanderer müssen sich genauso wie die hier lebenden Menschen an die deutschen Gesetze halten und die **geltenden Werte und Gepflogenheiten** respektieren.“²

Es geht also um *unser* Zusammenleben, das im ersten zitierten Satz eher in Begriffen der Gemeinschaft, als in denen der Gesellschaft imaginiert wird. Es geht auch um eine Wir/Sie-Unterscheidung, die diesen Gemeinschaftsgedanken lebendig macht: Es sind die Zuwanderer, die fremd sind, wir hingegen sind uns vertraut. Es sind diese Fremden, die nicht dazu gehören, wir hingegen gehören zusammen. Zu den Voraussetzungen der Zugehörigkeit zählt eine dauerhafte Bleibeperspektive und damit die Entscheidung zur Sesshaftigkeit als Lebensform (wobei die Möglichkeit hierzu staatlicherseits vergeben wird), weiterhin sind die deutsche Sprache und die Kenntnis und Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung erforderlich (wobei Ausländerinnen und Ausländer sich nur eingeschränkt am politischen Prozess in Deutschland beteiligen dürfen).

Ferdinand Tönnies hatte 1887 moniert, dass obwohl im allgemeinen sprachlichen Gebrauch Unterschiedliches bezeichnend, Gemeinschaft und Gesellschaft in der wissenschaftlichen Terminologie unterschiedslos gebraucht würden. Und dies trifft auch, möchte ich hinzufügen, für die Politik zu. Tönnies Anliegen, die Spezifika dieser beiden sozialen Organisationstypen durch Vergleich herauszuarbeiten, ist im Ergebnis

2 ebda.

zu einem der Grundlagenwerke der Soziologie geworden, hat allerdings auch - unbeabsichtigt und ungewollt - die Kreation eines nationalsozialistischen "Wir" - in Gestalt der "Volksgemeinschaft" beflügelt. Tönnies stellt der primordialen Sozialform „Gemeinschaft“, die entwicklungsgeschichtlich später in Erscheinung tretende Sozialform Gesellschaft gegenüber. „In Gemeinschaft mit den Seinen“, so Tönnies, „befindet man sich, von der Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden“ (Tönnies 1979 [1887]: 3). Während „Gemeinschaft“ auf Kommunikation unter Anwesenden beruht, die einander vertraut und durch kollektive Ziele wesentlich miteinander verbunden sind, verbindet Gesellschaft ihre Mitglieder durch Institutionen nur mittelbar miteinander und ermöglicht Typen menschlicher Verbundenheit, die auf dem „planmäßigen Aufeinanderabstimmen des Denkens und Handelns einer Menge von Individuen beruht, die sich aus der gemeinsamen Verwirklichung eines bestimmten Zweckes einen persönlichen Nutzen errechnen“. Gesellschaft ist also im Gegensatz von Gemeinschaft, nicht auf Emotion, Nähe und wechselseitiger Verbundenheit aufgrund von Ähnlichkeit gebaut, sondern auf reziproker Zweckrationalität: Ich zahle keine Krankenversicherungsbeiträge aus Verantwortungsgefühl gegenüber den mir in der Regel fremden akut Kranken, mit denen ich, abgesehen von der Versicherungskarte, nichts gemeinsam habe, sondern mit dem Kalkül, dass ich selbst im Fall von Krankheit ohne Ansehen meiner Person von der Gesellschaft der Versicherten getragen werde.

Die bei Tönnies deutlich anklingende (nostalgische) Sehnsucht nach Gemeinschaft bildet eine Konstante in den Selbstnarrationen der modernen Gesellschaft, die sich auch im eigenartigen Verhältnis zwischen Nation als vorgestellter Gemeinschaft und dem Nationalstaat als Prototyp von Gesellschaft niederschlägt. Sie wird insbesondere durch Migration und auf sie verweisende Integrationsdiskurse aufgerufen und enthält, wenngleich sie sich an den Migrationsanderen auflädt, immer auch ein Unbehagen an der Moderne. Den Kern des „Integrationsparadigmas“ so Max Czollek in seiner Streitschrift „Desintegriert Euch“ bilde „die Konstruktion eines kulturellen

und politischen Zentrums, das sich implizit oder ausdrücklich als deutsch versteht“ (Czollek 2018: 15), das jedoch, so fährt er fort, schon lange nicht mehr seiner gesellschaftlichen Realität und der seiner Freunde entspräche. Integration verweist, so könnte man schlussfolgern, auf einen Sehnsuchtsort, eine Nostalgie, die sich, wie Albrecht Koschorke anmerkt, bereits in der Herkunft des Wortes abbildet, denn das lateinische „integratio“ wird im Deutschen mit „Wiederherstellung eines Ganzen“ übersetzt.

Der Integrationsbegriff antwortet, so Koschorke weiter, „praktisch in allen Verwendungen auf ein dahinter liegendes, oft unartikulierte bleibendes Bedrohungsszenario.“ Es sei „eine allgegenwärtige, diffuse Angst vor Desintegration, die der Forderung nach Integration ihre emotionale Wirkung“ verleihe (Koschorke 2014: 220). Diese sei in letzter Instanz immer auf ein Staatswesen bezogen. "Die Ausbildung einer hochgradig interdependenten Weltgesellschaft" würde hingegen "hauptsächlich als Schwächung des innerstaatlichen Zusammenhalts“ thematisiert (ebda.).

Die Integrationsforschung orientiert sich bei der Messung von mehr oder weniger erfolgreicher Integration maßgeblich an den Referenzrahmen der Integrationspolitik, d.h. an der Nation als kultureller und sozialer Einheit (und ihren gesellschaftlichen Subsystemen, Bildung, Arbeitsmarkt, etc.). Ihre Forschungsfragen orientieren sich ebenfalls vorwiegend an den Befürchtungen, die an Migrationsandere gerichtet werden: dass sie unter sich blieben und ethnisch homogene Parallelgesellschaften ausbildeten, welche untereinander, jedoch nicht mit den Deutschen und ihren Institutionen solidarisch seien; dass sie die kulturellen Grundwerte der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, oder der persönlichen Freiheit der Individuen (etwa bezogen auf die Partnerwahl, die sexuelle Selbstbestimmung oder des Glaubens) torpedierten. Und nicht zuletzt, dass ihre Platzierung in prekäre Arbeits- und Wohnverhältnisse zur „ethnischen Unterschichtung“ (Esser 1999) der Gesellschaft führe.

All diese Ängste vor Desintegration und das Misstrauen gegenüber denen, die da kommen, sind bereits in der Antwort des BMI, auf die selbstgestellte Frage, warum Integration wichtig sei, enthalten. Denn warum müsste sonst betont werden, dass sich auch „Zuwanderer“ an Gesetze halten müssen? Wer wollte das bestreiten? Was aber sind die geltenden Werte und Gepflogenheiten, die zu respektieren sind? Wer möchte in einem Land mit 83 Mio. Einwohner*innen den kulturellen Kern des Deutschseins bestimmen? Wer vermag zu entscheiden, welcher religiöse Glauben, welche Art der Begrüßung oder der Ernährung statthaft oder gar für all verbindlich sein soll, in einer Zeit, in der sich Lebensweisen und kulturelle Wertsphären im globalen Austausch - und zwar nicht allein durch Migration - extrem stark ausdifferenziert haben? Wer will - mit anderen Worten - Gemeinschaft *anstelle* von Gesellschaft?

In seinem Essay "Die Angst vor den Anderen" fragt sich Zygmunt Bauman (2016) wie die sogenannte Migrationskrise es geschafft hat, gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen, wie den Klimawandel, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, den Zerfall von Staaten, weitgehend zu überschreiben. Nicht, dass über andere Themen nicht berichtet und diskutiert würde, aber keines lässt in ähnlicher Weise, geschweige denn mit vergleichbar nachhaltiger Wirkung, emotionale Mobilisierung zu, wie die „moral panics“ der Migrationskrise. Mit Blick auf Digitalisierung spricht auch Nancy Baym (2010) von "moral panics". Sie stellt fest, dass die öffentliche Aushandlung der Bedeutung neuer Medien für die Gesellschaft vor allem kulturpessimistische Züge trägt³, und sich in Angst vor unkontrollierbaren sozialen Kräften artikuliert, von denen angenommen wird, dass sie die Gesellschaft bedrohten, sei es Kriminalität, Hassrevolten, Einsamkeit oder Sucht⁴. Dabei vermutet

3 "anxieties [ensaity] over uncontrollable social forces become the focus of efforts to understand a new cultural trend", Baym (2010): 49).

4 So ist jeder Medienumbruch mit sehr ähnlichen "moral panics" verbunden, die sich auf die Technologien selbst richten. Die wiederkehrende Angst vor Mediensucht, könnte als Um-

Baym, dass neue Medien Projektionsflächen für Ängste bieten, die zu schwierig oder bedrohlich sind, um ihnen direkt zu begegnen⁵. Sie fungieren also als eine Art Blitzableiter zur psychischen und sozialen Entlastung vor den Gefahrenquellen, denen gegenüber größere Ohnmacht empfunden wird. Übertragen auf den gesellschaftlichen Umgang mit Migration ließe sich nun fragen, welche neuralgischen Punkte der Gegenwartsgesellschaft sich an der „moral panic“ vor den „Zuwanderern“ offenbaren. Rufen wir uns in Erinnerung, was das BMI als Ziel von Integration definiert: „Die Integration von Zuwanderern“, so heißt es, „soll Chancengleichheit und die tatsächliche Teilhabe in allen Bereichen ermöglichen.“ Interessanterweise lässt die Formulierung des BMI offen, ob Integration nun darauf abzielt, Chancengleichheit *für* Zuwanderer zu ermöglichen, oder ob Zuwanderer durch Integration Chancengleichheit ermöglichen sollen. Natürlich geht es um die Chancengleichheit der Zuwanderer - so ist man geneigt, auf diese spitzfindige Frage zu antworten. Schaut man sich allerdings an, wie es mit der Chancengleichheit insgesamt in Deutschland aussieht, ist man sich plötzlich nicht mehr ganz so sicher:

Pünktlich zum Beginn des diesjährigen, heute zu Ende gehenden Weltwirtschaftsforums, veröffentlichte Oxfam einen Bericht zur sozialen Ungleichheit⁶, der resümiert, dass sich in den letzten 10 Jahren die Vermögens- und Einkommensungleichheit in der Welt weiter verschärft habe und das globale Vermögen sich weiter auf immer weniger und immer reichere Personen konzentriere (aktuell besäßen 26 Personen so viel wie die ärmste Hälfte der Welt). Auch in Deutschland ist laut Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen

deutung der Angst vor den zu erwartenden *Realitätsveränderungen*, die mit der Transformation von Wahrnehmungs-, Diskurs- und Wissensordnungen durch neue Medien immer verbunden sind, in eine Angst vor *Realitätsverlust* durch Mediensucht verstanden werden.

5 "panic displace our anxieties over something more important onto technology, perhaps because they are too difficult or threatening to face directly" (Baym 2010: 43).

6 Oxfam (2019): Public goods or privat wealth?, Online verfügbar unter: https://www.oxfam.de/system/files/bp-public-good-or-private-wealth-210119-en_web.pdf [09.02.2019]

Instituts der Hans-Boeckler-Stiftung die Armutsquote seit 2006 „kontinuierlich leicht gestiegen“. Sie lag 2017 bei 15,8%, (wobei der Anstieg zuletzt auf rezente Fluchtmigration zurückzuführen sei). Im selben Zeitraum, so ist selbigem Bericht zu entnehmen, ist das Vermögen der Milliardäre in Deutschland um 20% gestiegen; zudem nehme die soziale Mobilität ab und mit ihr die Chance, Armut zu überwinden bzw. Reichtum zu verlieren. Die Armutsquote bei den Personen mit „vererbtem“ Migrationshintergrund (also die Nachfahren von früher nach Deutschland migrierten Menschen) sei zwar relativ konstant geblieben, sie liege jedoch mit 28,2% beträchtlich über der Armutsquote derjenigen Deutschen ohne Migrationsgeschichte, die bei (12,8%) liegt.⁷

Die wachsende und sich verfestigende Kluft zwischen Arm und Reich, die mit der Minimierung der sozio-ökonomischen Mitte und damit auch der sozialen Mobilität einhergeht, lässt sich schwerlich mit dem im Integrationsparadigma formulierten gesellschaftlichen Leitbild der Chancengleichheit vereinbaren. Es drängt sich also der Gedanke auf, dass die Sozialfigur „Zuwanderer“ gerade in Zeiten, in denen spürbar ist, dass dieses Ideal der empirischen Realität nicht oder immer weniger gerecht wird. paradoxerweise gleichzeitig als Bedrohung *und* Garant eines gesellschaftlichen Ideals fungiert.

Halten wir fest: Die Integrationsdebatte bezieht sich vornehmlich auf den Migranten/die Migrantin, die einerseits Befürchtungen gesellschaftlicher Desintegration auslöst und von der andererseits Anpassungsleistungen an ein gesellschaftliches Selbstbild erwartet werden, welches in einer gewissen Spannung zu gesellschaftlichen Realitäten steht. Probleme auf der Ebene „Sozialintegration“ werden deutlich, wenn man sich etwa die Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland und der Welt und ihre Korrelation mit sozialstrukturellen Merkmalen ansieht. „Migrationshintergrund“ ist eines dieser statistisch nachweisbaren Merkmale, aber nicht das einzige, es gibt eine ganze Reihe an

7 vgl. https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_26_2018.pdf [21.01.2019]

Ungleichheitskoordinaten, die für die Verteilung von gesellschaftlichen Chancen und Ressourcen relevant sind: Im Osten Deutschlands gibt es deutlich mehr Arme als im Westen, im Westen konzentrieren sich umgekehrt die reichsten Deutschen, von denen etwa $\frac{3}{4}$ männlich sind, Alleinerziehende haben ein eklatant höheres Armutsrisiko als Kinderlose – und nun die gute Nachricht für Sie, liebe Absolventen und Absolventinnen: Bildung schützt vor dauerhafter Armut: Je höher der Bildungsgrad einer Person, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dauerhaft arm zu sein (WSI 2018: 9).⁸ Apropos arm: Im globalen Maßstab zählen die Armen in Deutschland und allen anderen europäischen Staaten immer noch „zum reichsten Fünftel der Weltbevölkerung“, betont Stephan Lessenich (2016). Damit lassen sich Armutslagen keinesfalls relativieren, aber darauf hinweisen, dass es unter bestimmten Voraussetzungen lohnenswert sein kann, als Migrant*in in einem wohlhabenden Land zu den Ärmeren zu gehören; nämlich dann, wenn man mit einem Teil seines Einkommens Angehörige in einem weniger wohlhabenden Land unterstützen kann. Für solche Art von grenzüberschreitenden Solidaritätsbeziehungen, die durch so genannte transnationale Migration gestiftet werden, sind Integrationsforschung und –politik jedoch weitgehend blind, weil ihr Blick i.d.R. nur bis zur Landesgrenze reicht und zwar besonders in Zeiten mit erhöhtem Migrationsaufkommen.

Schließen möchte ich meine Überlegungen daher mit der Frage nach den Grenzen politischer Gestaltung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und wie diese mit den Grenzen von Gesellschaft zusammenhängen. Für Zygmunt Bauman ist die Migrationspanik ein Ventil für die „Erosion der territorialen Souveränität der bestehenden politischen Einheiten“, die er damit erklärt, dass sich Macht, „also die Fähigkeit dafür zu sorgen, dass Dinge geschehen“, globalisiere, die Politik „also die Fähigkeit, zu entscheiden, welche Dinge geschehen sollen“ sich hingegen nicht im gleichen Maße globalisiere (Baumann 2017: 62f). Wie müsste sich also eine

⁸Online unter: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_43_2018.pdf

Integrationsforschung aufstellen, welche Blickwinkel müsste sie einnehmen bzw. aufgeben, um Desintegrationsphänomene auch jenseits von Migration und umgekehrt die integrativen Leistungen von Migration jenseits des Nationalstaats zu verstehen? Eine allgemeine Integrationsforschung in diesem Sinne, wäre eine Forschung, die sich nicht nur mit „Fragen der Einbindung der Zuwanderer, des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der fördernden bzw. hemmenden Bedingungen im Aufnahmeland“ (Brinkmann/Sauer 2016: 4) befasst. Sie würde stattdessen insgesamt die Verteilung und Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und Ressourcen zum Thema machen und die Frage stellen müssen, wie in welchen Sozialsystemen soziale Ungleichheit und kulturelle Vielfalt organisiert werden und in welchem Maße diese Systeme in sich und im Zusammenspiel miteinander integrativ oder desintegrativ sind. Integration wäre in Heinz Epskamps und Rüdiger Lautmanns Sinne zu verstehen als „Konsens über die Beziehungen zwischen Macht, Geld, Prestige und Fähigkeiten einerseits und deren Verflechtung mit dem System sozialer Arbeitsteilung andererseits“ (Epskamp/Lautmann 2011: 310).

Lassen Sie mich abschließend wenige Worte zum Verhältnis von Bleibeperspektive, Zugehörigkeit und Teilhabe anmerken. Ich hatte eingangs auf die Paradoxie hingewiesen, dass das BMI Bleibeperspektive als Voraussetzung für Integration formuliert, während selbige abhängig von den launigen Konjunkturen der deutschen Migrationspolitik ist. Ich möchte dem hinzufügen, dass „Bleibeperspektive“ Sesshaftigkeit als einzig anerkannte Lebensform impliziert. Der gesamte Integrationsdiskurs basiert auf der Annahme, dass Migration ein zeitlich begrenzter und unilinearer Prozess sei, der immer mit der Niederlassung im Zielland endet. Dieser Vorstellung hat die transnationale Migrationsforschung bereits in den 1990er Jahren mit einer Vielzahl an Studien die empirische Evidenz entzogen und gezeigt, dass Migrationsprozesse sich besser als ein beständiges Bewegen zwischen mehreren Staaten verstehen lassen, die sich häufig über mehrere Generationen erstrecken. Auch Saskia Sassen beobachtet eine wachsende Präsenz von Migrant*innen, die nicht

auf der Suche nach einer neuen Heimat in ein anderes Land gehen, sondern sich vielmehr als Wandernde in einem grenzüberschreitenden und sogar globalen Arbeitsmarkt verstehen⁹. Der Trend zur globalen Wanderarbeit und zur transstaatlichen Gemeinschaftsbildung bestätigt sich an den deutlich und stetig ansteigenden Geldsendungen aus den Migrationsziel- in die Herkunftsländer, insbesondere in solche Länder mit niedrigen oder mittleren Einkommen. In vielen Familien tragen regelmäßige Geldsendungen von migrierten Angehörigen zur Sozialintegration der Familie im Herkunftsland bei, weil sie die Gesundheits-, Ernährungs- und Bildungssituation der Familie verbessern und häufig sogar lokale Einkommensmöglichkeiten schaffen (World Bank 2016). In einigen Ländern tragen migrantische Geldtransfers in der Gesamtschau der volkswirtschaftlichen Leistungen sogar dazu bei, die absolute Armut zu mindern (Gómez/Bologna 2014). Rücküberweisungen sind für nicht wenige Staaten eine bedeutende externe Finanzquelle. Ihr Gesamtwert überstieg im Jahr 2014 die offizielle Entwicklungshilfe (Official Development Aid, ODA) um mehr als das Dreifache. Migrantische Rücküberweisungen werden überdies als relativ verlässliche Finanzquelle eingeschätzt, die gerade im Fall von national instabilen Finanzmärkten an Bedeutung gewinnt.¹⁰

Transstaatliche Haushaltsstrategien, die ich als Mikropolitiken der Umverteilung (Greschke 2018) verstehe, basieren auf der Differenz zwischen Lebensort und

9 „There is a growing presence of immigrants who are not searching for a new home in a new country; they think of themselves as moving in a cross-border and even global labour market”, vgl.:

<https://www.theguardian.com/uk/2000/apr/15/immigration.immigrationandpublicservices> [23.01.2019]

10 Tendenz steigend: Rücküberweisungen in die Länder mit Niedrigen und Mittlere Einkommen sind seit dem vorigen Jahr erneut um 10,8% gestiegen Die World Bank prognostiziert angesichts verschärfter Migrations- und Grenzpolitiken für 2019 ein moderateres Wachstum von 4,9%.

siehe: <http://blogs.worldbank.org/peoplemove/accelerated-remittances-growth-low-and-middle-income-countries-2018> [14.01.2019]

Zugehörigkeitsort oder um es mit Peggy Levitt und Nina Glick-Schiller (2004) zu sagen auf der Nichtübereinstimmung von „Being und Belonging“. Das Integrationsparadigma, das die Residenzrechte an exklusive soziale (und kulturelle) Zugehörigkeitserwartungen bindet, behindert indes die Integrationsleistungen transstaatlicher Migration. Auch wenn die globalisierte Welt kein Dorf geworden ist, so bilden sich in ihr – auch dank globaler Kommunikationstechnologien – eine Vielzahl an Gemeinschaften, die nationalstaatliche Grenzen überspannen und sich nicht territorial auf einen exklusiven Zugehörigkeitskontext festlegen lassen¹¹. Wo man hingehört und emotional verbunden und zu Verantwortung verpflichtet ist, kann dort sein, wo man seine Arbeitskraft verkauft, es kann aber ebenso an einem anderen Ort sein, oder sich gar nicht eindeutig örtlich, sozial oder kulturell festlegen lassen. Es haben eben nicht alle Menschen, die nach Deutschland oder andere wohlhabende Länder migrieren, das Ziel dort zu leben. Viele von ihnen migrieren, damit ihre Familien ihren Lebensort nicht verlassen müssen und trotzdem leben können.

In diesem Sinne wünsche ich besonders Ihnen, liebe Absolventinnen und Absolventen, die Freiheit sich über geographische, soziale und/oder kulturelle Grenzen hinweg zu bewegen und einen Ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gesellschaft zu finden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

11 Diese können auf früheren face-to-face-begründeten Familienbindungen beruhen und diese fortsetzen, wie etwa die 69 Familien, die wir im Rahmen des Forschungsprojektes "Die Mediatisierung von Eltern-Kind-Beziehungen im Kontext transnationaler Migration" untersucht haben (Greschke/Dreßler /Hierasimowicz 2017). Sie können aber auch in einem technologisch erzeugten virtuellen Raum zwischen einander Unbekannten entstehen, die eine gemeinsame Herkunfts- oder Zugehörigkeitsreferenz verbindet, wie im Fall des paraguayischen Internetforums Cibervalle (Greschke 2009).

Literatur:

Bauman, Zygmunt (2016): Die Angst vor den Anderen: Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin: Suhrkamp.

Bauman, Zygmunt (2017): Retrotopia. Berlin: Suhrkamp.

Baym, Nancy K. (2010): Personal connections in the digital age. Cambridge: Polity Press.

Brinkmann, Heinz Ulrich/ Sauer, Bettina (2016): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer VS.

Czollek, Max (2018): Desintegriert euch!. München: Carl Hanser Verlag.

Epskamp, Heinz/ Lautmann, Rüdiger (2011): Integration. In: Fuchs-Heinritz, Werner/ Klimke, Daniela und Lautmann, Rüdiger (Hg.): Lexikon zur Soziologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 310.

Esser, Hartmut (1999): Inklusion, Integration und ethnische Schichtung. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 1 (1), S. 5 – 34.

Levitt, Peggy/Glick-Schiller, Nina (2004): Conceptualizing Simultaneity. A Transnational Social Field Perspective on Society. In: International Migration Review 38 (3), S. 1002 – 1039.

Goméz, Pablo Sebastián/ Bologna, Eduardo (2014): Pobreza y remesas internacionales Sur-Sur en Paraguay. In: Revista Brasileira de Estudos de População 31, S. 431-451.

Heike Greschke: Integration und Migration (25. Januar 2019)

Greschke, Heike Mónica (2009): Daheim in www.cibervalle.com. Zusammenleben im medialen Alltag der Migration. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Greschke, Heike Mónica/ Dreßler, Diana/ Hierasimowicz, Konrad (2017): Die Mediatisierung von Eltern-Kind-Beziehungen im Kontext grenzüberschreitender Migration. In: Krotz, Friedrich et al. (Hg.): Mediatisierung als Metaprozess. Transformationen, Formen der Entwicklung und die Generierung von Neuem. Wiesbaden: Springer VS.

Greschke, Heike Mónica (2018): Family Life in the Digital Age of Globalization: Critical Reflections on „Integration“. In: Bachmann-Medick, Doris/ Kugele, Jens (Hg.): Migration. Changing Concepts, Critical Approaches. Berlin/ Boston: DeGruyter.

Koschorke, Albrecht (2014): Integration. In: Ezli, Özkan et al. (Hg.): Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt. Ein Lesebuch. Konstanz: University Press, S. 220 – 222.

Lessenich, Stefan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Hanser Berlin.

Tönnies (1979 [1887]): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt.

World Bank Group (2016): Migration and Remittances. Factbook 2016, Washington (online unter: siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1199807908806/4549025-1450455807487/Factbookpart1.pdf – letzter Zugriff: 13.03.2018).